

FOCUS-MONEY vom 06.04.2022, Nr. 15, Seite 30

INTERVIEW

Wollen wir unsere Wirtschaft in den Abgrund stoßen?"

BASF-Chef Martin Brudermüller warnt vor einem Stopp der russischen <mark>Energielieferungen</mark>. Ohne Putins Gas gehen die Lichter aus, so seine dramatische Botschaft: Es geht um die Existenz der deutschen Industrie



Vita

Martin Brudermüller Der BASF-Chef wurde 1961 in Stuttgart geboren. Nach Chemiestudium und Promotion an der Universität Karlsruhe startet er seine Karriere 1988 im Ammoniaklabor des Konzerns in Ludwigshafen 2006 zieht er nach Hongkong und steuert von dort aus das Asien-Pazifik-Geschäft des weltgrößten Chemiekonzerns Seit 2018 steht er als Vorstandsvorsitzender an der Spitze der BASF IM KRISENMODUS: BASF-Chef Martin Brudermüller Herr Brudermüller, wie anstrengend ist das Krisenmanagement in diesen Tagen? Martin Brudermüller: In solchen Situationen beweist die gesamte BASF-Mannschaft ihre volle Stärke, wir versuchen, auf alle Szenarien vorbereitet zu sein, die Vorhersehbarkeit aber ist natürlich begrenzt. Die entscheidende Frage ist: Gibt es genug Gas? Was, wenn nicht? Brudermüller: Es gibt keinen Plan B. Wir sind auf Gaslieferungen angewiesen. Sie plädieren vehement gegen einen Stopp der Energielieferungen aus

Russland - allen moralischen Bedenken zum Trotz. Brudermüller: Ich bin, wie alle bei BASF, bestürzt über das furchtbare menschliche Leid in der Ukraine. Dennoch müssen wir der ökonomischen Realität ins Auge blicken: Es ist niemandem geholfen, wenn wir unsere Volkswirtschaft in den Abgrund stoßen. So groß wäre der Schaden nicht, wenn wir die Energielieferungen aus Russland kappen, haben Ökonomen errechnet. Sie kommen auf 3 bis 6 Prozent weniger Bruttoinlandsprodukt für Deutschland, da wir das Gas von woanders beziehen könnten. Brudermüller: Das ist doch abenteuerlich! Ich wünschte, die Welt wäre so einfach, aber sie ist viel komplexer als die Studien, mit denen Ökonomen in ihren Prognosen arbeiten. Nehmen Sie die BASF: Wir stellen Produkte am Anfang der industriellen Wertschöpfungsketten her, die weiterverarbei-tet werden in Autoindustrie, Gesundheitsbranche, Konsum. Überall. Das alles bricht zusammen, wenn wir die Produktion runterfahren müssen. Chemiekonzerne wie BASF sind in bedeutenden Teilen systemrelevant, aber natürlich auch nicht mit jedem Produkt. Und wer glaubt, das Gas ließe sich schnell aus anderen Quellen ersetzen, der irrt. Öl kann man auf dem Globus schneller hin und her verteilen, das kann man woanders kaufen. Das geht mit Gas nicht. Weil es an den Pipelines mangelt? Brudermüller: Richtig, wir müssten erst neue Pipelines bauen und LNG-Terminals. Die Lage ist klar: Gaslieferungen aus dem Osten sind nicht so schnell durch andere Quellen zu ersetzen. Wir arbeiten mit Hochdruck daran, die eigene Abhängigkeit von Gas zu verringern. Kurzfristig aber ist das nicht zu schaffen. Also werden wir den Aggressor Putin weiterhin mit Hunderten Millionen pro Tag stützen, weil wir uns vor Jahren naiv in seine Abhängigkeit begeben haben. Brudermüller: In der Gegenwart lässt sich immer trefflich über die Vergangenheit urteilen. Warum haben wir das russische Gas? Doch nicht aus Naivität, sondern weil es immer am billigsten war. Auf dem günstigen russischen Gas gründete die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie - und damit die Stärke des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Über unsere damalige Tochtergesellschaft Wintershall waren wir in den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Gaswirtschaft involviert. Ihre Tochter war Teil des Pipeline-Konsortiums mit Gazprom. Haben Sie bei der Anbahnung auch Wladimir Putin getroffen? Brudermüller: Nein, das lief vor meiner Zeit als CEO, ich bin ihm nie begegnet. Abgesehen davon, kann ich bestätigen: Gazprom war all die Jahre ein sehr zuverlässiger Partner. Wenn es kalt wurde in Deutschland, hat Gazprom den Hahn aufgedreht. Aber immer schon im Einflussbereich des Kremls. Brudermüller: Gazprom ist ein Staatsunternehmen, hat in den Geschäftsbeziehungen mit BASF aber immer nach den Regeln der Marktwirtschaft gespielt. Wie viel Prozent der Gaslieferungen brauchen Sie mindestens, um den Betrieb am Laufen zu halten? Brudermüller: Die Schwelle liegt bei rund 50 Prozent. Bei allem deutlich darunter können wir hier in Ludwigshafen am größten Chemiestandort der Welt mit 39 000 Beschäftigten den Betrieb nicht mehr aufrechterhalten. Das dürfte nicht nur für BASF gelten, sondern für große Teile der deutschen Industrie. Es ist wichtig zu verstehen: Gas erfüllt für uns zwei Zwecke. Es geht in Europa zu 60 Prozent in die Energieerzeugung, in unsere Gaskraftwerke. Die übrigen 40 Prozent nutzen wir als Rohstoff für Produkte, die unsere Kunden benötigen. Wir schauen jetzt, wo wir am ehesten den Verbrauch reduzieren können, wo der geringste Schaden entsteht. Die Herstellung von Ammoniak zum Beispiel verbraucht sehr viel Gas, da werden wir die Produktion in solchen Phasen eher zügeln. Angeblich drosseln Sie jetzt schon etliche Anlagen, so ist zu hören. Brudermüller: Keine unserer Anlagen läuft immer durchgehend auf Volllast. Das Produktionsniveau hängt immer am jeweiligen Marktbedarf. Falls es ganz dick kommt, müsse der Staat als BASF-Eigner einspringen, raten Ökonomen, so wie er die Lufthansa in der Corona-Krise gerettet hat. Brudermüller: Noch so eine abenteuerliche Idee. Wahr ist, dass die Existenz von Hunderten Betrieben und Hunderttausende Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. Allein die gestiegenen Energiepreise haben unser Unternehmen 2021 mit 1,5 Milliarden Euro zusätzlich belastet. Wir als BASF können das eher aushalten, aber kleine Firmen, die sich ohnehin schon nach der Decke strecken, kommen da an den Anschlag. Ich glaube, dass viele Firmen daran bankrottgehen. Deswegen plädiere ich dafür, eine Balance zu finden in unseren Reaktionen. Ich finde, die Bundesregierung trifft mit harten und gezielten Sanktionen das rechte Maß - ohne mit einem Stopp der Energielieferungen die Existenz der heimischen Industrie zu gefährden. Und was, wenn Putin den Gashahn von sich aus zudreht? Darüber will ich nicht spekulieren, ich kann nur hoffen, dass es Sicher ist: Gas wird immer teurer. Geben Sie das an die Kunden weiter?

"Der aktuelle Kurs ist frustrierend. Wir halten die BASF-Aktie für unterbewer tet"

Brudermüller: Ja, klar, das müssen wir machen. Wir können nicht unsere Wettbewerbsfähigkeit weggeben - und so geht es jedem nach uns in der Wertschöpfungskette. Jede Firma muss versuchen, die höheren Kosten weiterzugeben. Ganz hinten steht dann der Verbraucher, da kommt der Preisdruck an. Das Ergebnis ist Inflation. Deswegen fordern Sie eine Entlastung durch die Politik, zum Ausgleich für die höheren Kosten? Brudermüller: Nein, das mache ich nicht. Diskutiert werden ja spezielle Hilfen für Menschen mit niedrigen Einkommen, das ist richtig, das macht die Bundesregierung auch. Im Übrigen finde ich es sehr gefährlich, als Unternehmer bei jedem Gegenwind nach dem Staat zu rufen. Wir können nicht in ruhigen Zeiten sagen: Politik, halte dich raus, lass uns in Ruhe! Und sobald es ungemütlich wird, rufen wir dann gleich nach dem Staat. Eingriffe müssen auf äußerste Extremsituationen begrenzt bleiben. Zumal der Staat jetzt schon an die Grenzen der Überforderung stößt. Die Schulden sind bereits mehr als besorgniserregend. Und die Folgen des Krieges dürften uns teurer zu stehen kommen als die Corona-Hilfen, Kurzarbeitergeld kassiert auch die BASF, sobald der Betrieb ruht, Brudermüller: Wir kassieren nicht, wir erhalten einen kleinen Teil dessen zurück, was wir zuvor über viele Jahre eingezahlt haben. Kurzarbeitergeld ist im Grunde eine Versicherung auf volkswirtschaftlicher Ebene - und kein Geschenk des Staates. Unternehmen zahlen jährlich ein und nur im Schadensfall bekommt man etwas zurück. Historisch betrachtet, haben wir glücklicherweise sehr wenig vom Kurzarbeitergeld Gebrauch machen müssen. Volkswirtschaftlich hat sich Kurzarbeit als Instrument bewährt, sie hat in der Finanzkrise geholfen, auch in der Pandemie, und viele andere Länder haben das mittlerweile übernommen. Die BASF hat ein Dutzend Fabriken in Russland, Wintershall Dea war an Nord Stream beteiligt und hat vor allem Gasfelder (Anm.: Die Gasfelder gehören der BASF-Beteiligungsgesellschaft Wintershall Dea, nicht BASF), die bis vor Kurzem Milliarden wert waren. Vermutlich ist das alles verloren: Wie viel Vermögen büßt der Konzern durch Putins Krieg ein? Brudermüller: Es wäre verfrüht, da jetzt schon Zahlen zu nennen. Den Schaden kann im Moment niemand ernsthaft beziffern. Der russische Chemiemarkt selbst ist für uns nicht so relevant und es sind kleine Standorte, da reden wir von einem Prozent an unserem Gesamtumsatz. Ihre Beteiligung an der Öl-und Gasgesellschaft Wintershall Dea sollte dieses Jahr mit

einem Börsengang Milliarden einspielen, das können Sie erst mal vergessen. *Brudermüller:* Im Moment ist nicht der richtige Zeitpunkt dafür, das stimmt, da machen wir uns keine Illusionen. **Haben Sie mit Ihrem Teilhaber, dem russischen Oligarchen Michail Fridman, gesprochen, wie es weitergehen kann?** *Brudermüller:* **Nein, wir haben keinerlei Kontakt. Wir dürfen nicht mit ihm reden, sonst würden wir gegen die Sanktionen verstoßen.**



DAS STAMMWERK IN LUDWIGSHAFEN: Arbeitsplatz für 39000 Menschen

Das Geld von der Börse hatten Sie fest eingeplant, wie eng kann es jetzt finanziell werden für die BASF? Brudermüller: Wir stehen finanziell stark da, haben 48 Prozent Eigenkapital, dazu ein solides A-Rating, das uns hilft, uns am Kapitalmarkt zu finanzieren. Da mache ich mir aktuell keine Sorgen. Ist die Lehre aus der Krise, dass das Konzept "Wandel durch Handel" ein Fehler war? Sollen wir künftig auf Geschäfte mit autokratisch regierten Staaten verzichten? Brudermüller: Diese Haltung, sich abzuschotten gegen die Welt da draußen, behagt mir nicht. Es gibt jetzt wieder eine Tendenz, sich ganz auf sich selbst zurückzuziehen. Manche in der EU glauben anscheinend, ein Kontinent, der von globalen Verflechtungen lebt, könne nun plötzlich auf sich allein gestellt zurechtkommen und müsse nicht auf andere Handelspartner zugehen - eine absurde Vorstellung. Womöglich bereuen wir in ein paar Jahren auch, mit China Geschäfte gemacht zu haben. Sollten wir uns deshalb jetzt zurückziehen, um nicht in die Putin-Falle zu tappen? Brudermüller: Das wäre Irrsinn. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. China hat eine ganz andere Dimension, die Volkswirtschaft steht nicht für ein Prozent des Weltsozialprodukts wie Russland, sondern für 20 Prozent. Mit China haben wir keine Energiepartnerschaft, vielmehr ist das Land für viele deutsche Industrien ein wichtiger Markt. Auch in Peking regieren keine lupenreinen Demokraten, das Volk wird in China ebenfalls unterdrückt. Brudermüller: Ich denke, die Realität vor Ort ist komplizierter und differenzierter. Da muss man sich schon das ganze Bild anschauen. Und ganz aus europäischem Interesse gesprochen: 50 Prozent des Chemiemarkts weltweit entfallen auf China, in der Automobilindustrie ist es ähnlich. Können wir es uns denn leisten, auf diesen Markt zu verzichten? Ganz sicher nicht, wenn Europa die Kraft haben will, die Transformation zu stemmen, die es sich vorgenommen hat. Dann müssen die Konzerne eben in andere Absatzmärkte verkaufen, wird oft argumentiert, dann muss VW seine Autos halt woanders verkaufen. Brudermüller: Nur wo genau bitte? Es gibt kein zweites China irgendwo unentdeckt auf dem Globus. In welche Ecke sollen wir denn exportieren? Glauben Sie mir: Wir in der deutschen Industrie schauen doch schon lange auf jeden nur denkbaren Markt und seine Potenziale. Ist die Lösung dann, sich auf die Heimat zu konzentrieren, die Globalisierung zurückzudrehen? Das wurde schon als Konsequenz zerbrechlicher Lieferketten in der Pandemie gefordert, jetzt werden solche Töne noch lauter. Brudermüller: Es ist sinnvoll zu überlegen, wie Wertschöpfungsketten resilienter werden. Dabei sollten wir nur nicht die Gründe dafür übersehen, warum manche Produktion abgewandert ist aus Deutschland: Überregulierung, Kosten, fehlende Rohstoffe, neue Märkte sind die Stichworte dafür. Ich hoffe inständig, dass es nicht so weit kommt, dass sich die Welt in Blöcke aufteilt. Das schadet am Ende uns allen. Auf die BASF bezogen: 75 Prozent des Wachstums in der Chemieindustrie kommen aus China, darauf dürfen und wollen wir nicht verzichten. Wir sind abhängig von den Chinesen, deren Wohlwollen ausgeliefert, wollen Sie sagen? Brudermüller: Nein. Das ist geopolitisch eine sehr komplizierte Situation, der Ton in China gegenüber dem Westen hat sich verändert, politisch, in den Medien, aber viel weniger in der Wirtschaft. Die ökonomische Abhängigkeit ist gegenseitig, das spricht gegen eine Entkopplung, ich plädiere daher für Realismus und eine Balance: Wir sollten die Systemrivalität mit China nicht leugnen und müssen den Wettbewerb aufnehmen wie mit anderen Ländern, ohne dass es darüber zum Bruch kommt. Wir sollten aber auch Kooperationsmöglichkeiten suchen wie beispielsweise beim Klimaschutz. Ich kann Europa nur davor warnen, auf der ganzen Welt als Lehrmeister aufzutreten. Muss der Ausstieg aus der fossilen Energie jetzt noch schneller gehen, um sich unabhängiger zu machen? Brudermüller: Der "Green Deal" der EU-Kommission ist jetzt schon herausfordernd genug, in der neuen Realität wird es noch schwieriger, diese Transformation zu schaffen. Verstehen Sie mich richtig: Der Kampf gegen den Klimawandel bleibt die existenzielle Aufgabe unserer Generation, diese Ziele stellen wir nicht infrage. Aber die Fristen? Sie wollen mehr Zeit für den Umbau der Industrie? Brudermüller: Wir verlangen von der Politik, dass sie Prioritäten setzt. Wir können nicht alles gleichzeitig anpacken. Der Klimawandel wartet nicht, die Reduzierung der CO2-Emissionen definiert den Kern unserer Unternehmensstrategie, da sind wir kon- sequent und haben uns als BASF gerade noch mal ambitioniertere Ziele gegeben.

Was stört Sie dann? Brudermüller: Die vielen sonstigen Belastungen, die der Wirtschaft drohen. Eine sich ständig verschärfende Regulierung aus Brüssel zum Beispiel, die über ein neues Chemikaliengesetz dazu führen könnte, dass 12 000 chemische Produkte verboten werden, das heißt 45 Prozent der Stoffe. Selbst wenn man viele wohlwollende Annahmen macht, so verschwinden durch diese Regelung 12 Prozent des Umsatzes der europäischen Chemieunternehmen, so schätzen unabhängige Experten. Da fragt man sich dann schon: Muss das jetzt in dieser Zeit so sein? Ich lehne damit nicht wichtige Ziele wie Umweltschutz und den Schutz von Menschen ab. Auch von unserem weltweit höchsten Niveau in Europa aus können wir noch besser werden. Aber auch da gilt - ich kann immer nur wieder mein Zauberwort sagen - Balance. Priorität hat gegenwärtig der Ausbau von Wind-und Solarenergie. Wer ist schuld, dass wir mit den Erneuerbaren so schleppend vorankommen? Brudermüller: Es wäre zu einfach, da auf einen einzelnen Schuldigen zu zeigen. Tatsache ist: Der Ausbau geschieht viel zu langsam. Schon die Ausbauziele der Vorgängerregierung waren viel zu niedrig, der Bedarf ist absehbar um ein Vielfaches höher als veranschlagt; allein wenn man an den Umstieg auf die E-Mobilität denkt. Der Erfolg von Unternehmen wie BASF hängt wesentlich von dieser Frage ab: Stellt die Volkswirtschaft genügend erneuerbare Energie zur Verfügung? Und kommt der Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen vor Ort im Werk an? Wir haben den unternehmerischen Willen zur Energiewende, wir haben die Technologie, was fehlt, ist die Infrastruktur. Es kann nicht sein, dass es zehn Jahre dauert, bis eine Trasse gebaut werden darf, die den Strom von der Nordsee nach Ludwigshafen bringt. Nötig ist daher eine neue Art der Kooperation zwischen Politik und Wirtschaft. Andere demokratische Länder in unserer Nachbarschaft zeigen, dass Genehmigungen keine Jahrzehnte dauern müssen. Etwa in den Niederlanden gibt es kein vierfaches Einspruchsrecht wie bei uns, sondern ein einmaliges. Braucht es einen grünen Wirtschaftsminister, der eine Beschleunigung der Genehmigungen gegen seine Klientel durchsetzen kann? Wie beurteilen Sie den Start von Robert Habeck? Brudermüller: Es ist absolut beeindruckend, wie schnell Minister Habeck sich eingearbeitet hat, wie tief er in der Materie ist und die richtigen Themen auf dem Radar hat. Wäre er womöglich sogar der richtige Mann, eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten durchzusetzen angesichts der neuen Vorzeichen? Brudermüller: Da sollten Sie sich keine Illusionen machen, das kriegt nicht mal ein Minister Habeck hin, dazu ist die gesellschaftliche Debatte in Deutschland zu festgefahren. Auch wenn sich international der Wind gedreht hat und sich die Erkenntnis durchsetzt: Es braucht wohl auch neue Kernkraftwerke für den Übergang in eine CO2-freie Welt. Zum europäischen Energiemix gehört die Kernkraft, das wurde jetzt auch so vereinbart. Aber wir in Deutschland sind weit weg von einer solchen Sicht. Ich stecke tief drin in der Debatte, mein Vater war Kernphysiker, das war bei uns Thema daheim von klein auf. Herr Brudermüller, Sie sind 2018 als Vorstandschef angetreten, damals stand die BASF-Aktie deutlich höher. Brudermüller: Der aktuelle Kurs ist frustrierend. Das ist ein Grund, warum wir ein Aktienrückkaufprogramm beschlossen haben. Wir halten die Aktie für unterbewertet. Also raten Sie zum Kauf? Brudermüller: Ich gebe keine Anlageempfehlung. Ein Kurs-Gewinn-Verhältnis von rund 10 ist jedenfalls günstig, zudem wollen wir demnächst, nach der Hauptversammlung Ende April, eine Dividende von 3,40 Euro je Aktie an unsere Aktionäre ausschütten. Wenn man BASF-Aktien über lange Zeit hält, ist das keine schlechte Anlageentscheidung.



von GEORG MECK UND CARLA NEUHAUS



Bildunterschrift: DAS STAMMWERK IN LUDWIGSHAFEN: Arbeitsplatz für 39000 Menschen

Quelle: FOCUS-MONEY vom 06.04.2022, Nr. 15, Seite 30

Rubrik: moneymarkets

Dokumentnummer: focm-06042022-article_30-1

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/FOCM f9859b56959e3b14bec0525e6b89c1322b08c8bf

Alle Rechte vorbehalten: (c) Focus Magazin Verlag GmbH, Muenchen

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH